

Inhaltsverzeichnis

2-6 DSW-Mitteilungen

- 2 Klöckner & Co.: Neuer Aktionär sorgt für Wirbel
- 2 Experten-Tipp: Konzerne müssen mit offenen Karten spielen
- 3 Volkswagen: DSW will Sonderprüfung beantragen
- 4 Bayer: Neuer CEO startet mit Monsanto-Offerte!
- 5 Bilfinger: Chaostage in Mannheim
- 6 Deutsche Börse: Drei hohe Hürden für den Superbörsen-Plan
- 6 HAC-Marktkommentar: Risikomanagement ist ein andauernder Prozess

8-12 Aktivitäten der Landesverbände

- 7 Volkswagen-Musterverfahren kommt
- 7 German Pellets: Termine für Gläubigerversammlungen stehen fest
- 8 Anlegerfrage an Malte Diesselhorst
- 9 Rede auf der Hauptversammlung der adidas AG
- 9 Rede auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG
- 9 Rede auf der Hauptversammlung der Biotest AG
- 9 Rede auf der Hauptversammlung der Drillisch AG
- 10 Rede auf der Hauptversammlung der Software AG
- 10 Rede auf der Hauptversammlung der ProDV AG
- 10 Rede auf der Hauptversammlung der KSB AG
- 10 Rede auf der Hauptversammlung der Medinol AG

11 Konjunkturmonitor

Gesunder Westen, kranker Osten

12 Börsenmonitor

Fed und Brexit halten Börsen in Schach

13 Veranstaltungen

13 Impressum

14 Mitgliedsantrag

Übernahmekarussell dreht sich schneller



Liebe Leserin, lieber Leser,

das billige Geld zeigt Wirkung. Nahezu täglich können wir den Nachrichten entnehmen, dass globale Konzerne jeder Größenordnung übernommen werden. Möglich ist dies alles, da frisches Kapital nahezu zum Nulltarif beschafft werden kann.

Erfolgt die Kapitalaufnahme über das Eigenkapital, führt auch hier das billige Geld zu ordentlich Rückenwind, da die Aktienkurse deutlich angezogen haben und sich somit auch aktienbasierte Finanzierungen – erfolgen sie direkt via Kapitalerhöhung oder auch mittelbar über Wandelanleihen – leichter finanzieren lassen. Das Übernahmekarussell dreht sich dank des billigen Geldes deutlich schneller. Allerdings hat die Gemengelage auch einen bitteren Beigeschmack. Es sind insbesondere hochtechnologisch ausgerichtete deutsche Konzerne aus dem Bereich Maschinenbau, oftmals Weltmarktführer, die in das Visier der meist asiatischen Übernehmer gelangt sind. Der damit einhergehende technologische Aderlass ist besorgniserregend. Egal ob KUKA, Aixtron oder SGL Carbon: Das Prinzip ist immer das gleiche: Jahrzehntelange Forschungs- und Entwicklungsarbeit und damit Highend-Ingenieurskunst, die in der Vergangenheit erheblich für unseren Wohlstand gesorgt hat, wandert Richtung Fernost ab. Vielleicht fußt das Verschwinden der vielen heimischen Unternehmen auch darauf, dass wir hierzulande keinerlei technologiesichernde Standortpolitik haben, die dem Aderlass Einhalt gebieten könnte. Eine solche Politik sehen wir in anderen Ländern sehr wohl. Und so passiert das, was viele Schwarzseher schon vor einigen Jahren düster an die Wand gemalt haben. Einer der Garanten unseres Wohlstandes, der innovationsstarke Maschinenbau, wird peu à peu in andere Hände wandern. Viele werden dem nun entgegenstellen: Das ist halt die Konsequenz des freien Marktes und der Globalisierung, von der wir als Exportnation doch so sehr profitieren. Dem wiederum möchte ich mit der Erinnerung an den Übernahmekrimi E.ON/Endesa vor einigen Jahren begegnen. Gerade dieser Fall zeigte anschaulich, wie man sich im Ausland gegen Übernahmen zur Wehr setzt. Nur kurze Zeit später gingen die Spanier dann in Essen bei Hochtief auf Einkaufstour. Den Rest der Geschichte kennen wir.

Ihr Marc Tüngler

Klößner & Co.: Neuer Aktionär sorgt für Wirbel

Der Aktionärskreis des Stahlhändlers Klößner & Co hat Zuwachs bekommen. Familienunternehmer Friedhelm Loh hat über seine Investmentfirma insgesamt 25,25 Prozent der Anteile am Duisburger Unternehmen gekauft und verfügt nun auch über zwei Sitze im KlöCo-Aufsichtsrat. Unter anderem war es wohl der Zeitpunkt des Einstiegs, der die Phantasie Purzelbäume schlagen ließ.

Gegenwärtig laboriert der Stahlhändler an der globalen Branchenkrise und sinkenden Preisen. KlöCo musste für 2015 einen Rekordverlust von 349 Millionen Euro vermelden. Vor diesem Hintergrund wurde der Einstieg Lohs als Beginn einer möglichen Zerschlagung Klößners gedeutet. Loh kontrolliert den Schaltschrankhersteller Rittal, der großer Kunde von Klößner ist. Zugleich ist Lohs Firma Stahlo selbst im Stahlservicegeschäft tätig und damit ein Wettbewerber.

Auf der Hauptversammlung, auf der auch Friedhelm Loh eine kurze Rede vor dem Einzug in den Aufsichtsrat hielt, forderte DSW-Sprecher Marc Tüngler folgerichtig, Loh möge seine Ziele offenlegen. „Bisher lassen Sie jede Form von Interpretation zu“, kritisierte er.

Doch der Familienunternehmen äußerte sich trotzdem nicht weiter. Dafür ließ Klößner-Aufsichtsratschef Dieter Vogel deutliche Worte hören: Man habe mit dem neuen Großaktionär gesprochen, und habe nicht den Eindruck, dass er die Beherrschung des Unternehmens zum Ziel hat, so der Klößner-Chefkontrolleur. Er glaube nicht, dass Loh seinen Anteil noch weiter aufstocke.

Mit 25,25 Prozent und den beiden Sitzen im Aufsichtsrat verfügt Loh bereits jetzt über enormen Einfluss, unter anderem durch eine Sperrminorität, die ab 25 Prozent greift. Stockt er weiter auf, würde er zudem in die Pflicht geraten, ein Übernahmeangebot an alle Aktionäre machen zu müssen. Dies wird ab einem Anteilsbesitz von 30 Prozent fällig.

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

Konzerne müssen mit offenen Karten spielen

Frage: Ich habe mich als Aktionärin schon oft über die Informationspolitik mancher Aktiengesellschaft geärgert. Wenn entsprechende Übernahmegerüchte oder ähnliches aufkamen, dann sahen die betroffenen Unternehmen fast nie einen Anlass, diese Gerüchte zu kommentieren – also weder positiv noch negativ zu bewerten. Als freier Aktionär steht man ziemlich im Regen. Im Nachhinein haben sich diese Gerüchte häufig bestätigt, Insider konnten so schon früher als außenstehende Aktionäre von diesem Wissen profitieren. Das soll sich jetzt nach einer neuen EU-Regelung ändern. Könnten Sie mir bitte sagen, was genau sich in Zukunft ändern soll?

Antwort: Ab dem 3. Juli 2016 tritt die neue EU-Marktmissbrauchsverordnung aus Brüssel in Kraft. Diese enthält einige Regelungen, die die Emittenten auch in Deutschland berücksichtigen müssen. Unter anderem erfasst diese Verordnung einige Neuerungen im Rahmen der Ad-hoc Berichterstattung, also der Pflicht des Unternehmens zur unverzüglichen

Offenlegung von kursrelevanten Informationen. Bislang konnte sich ein Emittent bei Marktgerüchten, z.B. im Fall geplanter Übernahmen auf eine sogenannte „no comment policy“ zurückziehen, was bedeutete, dass er keine Stellung zu diesen Gerüchten abgeben musste, wenn Grund zur der Annahme bestand, dass das Gerücht auf einer Vertraulichkeitslücke seitens des Unternehmens beruhte. Diese Position wird sich jetzt über die neue Verordnung wohl ändern: Bei präzisen Marktgerüchten, etwa im Fall von Unternehmenszusammenschlüssen, Änderungen im Top-Management oder Übernahmeangeboten muss der Emittent in Zukunft die Information offenlegen, wenn ein Gerücht ausdrücklich auf eine Insiderinformation Bezug nimmt und ausreichende

präzise ist. Dies bedeutet, dass eine „no comment policy“ im Zweifel dann nicht mehr zulässig sein wird. Auch auf der Seite der Sanktionen wird es Änderungen geben. So kann die BaFin in Zukunft die Entscheidung über Verstöße gegen diese Pflichten öffentlich machen. Von diesem sog. Naming and Shaming soll eine stark abschreckende Wirkung ausgehen.



Volkswagen: DSW will Sonderprüfung beantragen

Der Skandal um die manipulierten Abgaswerte beim weltgrößten Automobilkonzern Volkswagen beschäftigt die Medien und die Öffentlichkeit seit vielen Monaten. Mittlerweile laufen nicht nur quer über den Globus verteilt Untersuchungen, auch Klagen und Verfahren gibt es bereits in großer Zahl.

Ohne Frage hat der Abgasskandal die Dimensionen, um als einer der negativen Höhepunkte in die deutsche Wirtschaftsgeschichte einzugehen. Doch im Kern ist nach wie vor unklar, wie es zu einem Skandal dieser Größenordnung hatte kommen können und wer welche Verantwortung dafür trägt.

Die DSW will nun mehr Licht in den gesamten Skandal bringen und hat fristgerecht am 20. Mai 2016 einen Antrag zur Ergänzung der Tagesordnung der Hauptversammlung der Volkswagen AG eingereicht. Ziel ist es, auf dem am 22. Juni stattfindenden Aktionärstreffen des Autokonzerns über die Einsetzung eines unabhängigen Sonderprüfers abstimmen zu lassen. „Es geht darum, den gesamten Komplex rund um die manipulierte Software bei Diesel-PKWs von einem externen Prüfer unter die Lupe nehmen zu lassen“, erklärt DSW-Präsident Ulrich Hocker.

Um den Antrag auf die Einsetzung eines Sonderprüfers auf die Tagesordnung einer Hauptversammlung zu setzen, sind Stimmrechte von Aktien im Nennbetrag von 500.000,- Euro notwendig, die seit mindestens drei Monaten im Besitz der jeweiligen Anteilseigner sein müssen. „Die für die Durchsetzung des Antrags notwendige Aktienanzahl haben wir durch die Kooperation mit deutschen und internationalen VW-Aktionären bereits sicher. Trotzdem sollten sich alle VW-Aktionäre, die eine solche Sonderprüfung für sinnvoll halten, dem Antrag anschließen“, sagt Klaus Nieding, DSW-Vizepräsident und Vorstand der Nieding+Barth Rechtsanwaltsaktiengesellschaft, die die Anlegerschützer bereits bei der Durchsetzung einer unabhängigen Sonderprüfung bei der Deutsche Bank AG vertreten hatte und nun auch in Sachen Volkswagen für die

DSW aktiv ist. Denn insgesamt gilt: Je mehr Anteilseigner sich dem Plan der größten deutschen Aktionärsvertretung anschließen, desto mehr Gewicht und damit Signalwirkung hat der Antrag von Anfang an.

Bekommt der Antrag auf der Hauptversammlung eine Mehrheit, wird ein unabhängiger fachkundiger Prüfer – in der Regel ein Experte einer führenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – bestellt, der dann mit entsprechenden Rechten ausgestattet die Vorgänge rund um den Abgasskandal-Komplex von außen objektiv nachrecherchiert und prüft. Ziel ist es dabei, so viele offene Punkte wie möglich abzufragen und Antworten auf so viele Fragen wie möglich zu finden. Sollte der Antrag keine Mehrheit bekommen, bliebe immer noch der Weg über eine gerichtliche Bestellung.

Die Klärung der offenen Fragen ist für die Aktionäre von großer Bedeutung: „Sollten etwa die Rückstellungen für Strafzahlungen oder mögliche zivilrechtliche Ansprüche zu niedrig sein, hätte das gravierenden Einfluss auf das Ergebnis“, erklärt



MOTORENTECHNOLOGIE VON MORGEN.

Führende Hersteller bauen auf die Innovationskraft einer starken Marke und entscheiden sich für die flexiblen, kompakten Motorensysteme von DEUTZ.

Unsere breite Motorenpalette mit einem Leistungsspektrum von 25 bis 520 kW erfüllt schon heute die Emissionsvorgaben von morgen. **Profitieren Sie von unserem technologischen Vorsprung.**

The engine company.

DEUTZ AG | Ottostraße 1 | 51149 Köln | Deutschland | Telefon +49 221 822-0 | Fax +49 221 822-3525
 info@deutz.com | www.deutz.com

Hocker. Zudem müsse sichergestellt sein, dass die Kontrollmechanismen des Autokonzerns mittlerweile so justiert sind, dass eine Wiederholung unmöglich ist. „Und das würden die Aktionäre sich doch lieber von einem unabhängigen Sonderprüfer bestätigen lassen als von Volkswagen selber“, sagt Hocker. „Die Ergebnisse der Sonderprüfung sollte Volkswagen seinen Anteilseignern dann im Vorfeld der Hauptversammlung 2017 zur Verfügung stellen“, formuliert Nieding das Ziel.

Volkswagen-Aktionäre, die den Antrag der DSW unterstützen wollen, können sich unter Tel: 0211 / 6697-02 oder per Mail (dsw@dsw-info.de) registrieren lassen.

Bayer: Neuer CEO startet mit Monsanto-Offerte!

Das ist mal ein Paukenschlag zum Auftakt! Vor gerade einmal drei Wochen ist Werner Baumann als Vorstandsvorsitzender auf den Chefsessel des Leverkusener Bayer-Konzerns gerückt. Sein erster größerer öffentlicher Auftritt schlug in diesen Tagen ein wie eine Bombe.

Bayer möchte den US-Giganten Monsanto übernehmen und hat ein knapp 62 Milliarden Dollar schweres Übernahmeangebot unterbreitet – das ist die größte Kaufofferte, die jemals ein deutsches Unternehmen abgegeben hat.

An der Börse kam die Nachricht zunächst nicht sonderlich gut an. Einerseits gilt der Saatguthersteller Monsanto als ei-

ner der umstrittensten Konzerne weltweit. Er ist für das in die Schlagzeilen gekommene Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat bekannt. Zudem steht das Unternehmen wegen gentechnisch veränderter Produkte in der Kritik. Auf der anderen Seite schrecken Bayer-Aktionäre vor dem immensen Volumen der Offerte zurück. Der Kurs sackte zeitweise um 10 Prozent ab.

Rückendeckung bekommt Bayer-Chef Baumann aber von DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler. „Wir finden es richtig, dass Bayer diesen Versuch startet, weil das Unternehmen damit von jetzt auf gleich international klar vorrückt“, sagt Tüngler. Bayer biete sich zurzeit eine einmalige Gelegenheit, da Monsanto angeschlagen sei.

Die innere Logik der geplanten Übernahme ist zudem bestehend. Bayers starkes Pflanzenschutz- und Pharmageschäft würden von Monsanto's Saatgut-Know-how Branchenexperten zufolge nahezu ideal ergänzt. Gleichzeitig führt die regionale Aufteilung der beiden Konzerne zu möglichen Synergien. „Bayer hat ein gutes Pflanzenschutzprogramm, aber aus Kundensicht nicht das Beste. Mit Monsanto wird Bayer zum globalen Weltmarktführer“, fasst Tüngler zusammen.

Einzig beim Preis rät der DSW-Hauptgeschäftsführer zum Maßhalten: „Die Prämie auf den Monsanto-Kurs ist recht hoch. Bayer hat aber sicher ins Kalkül gezogen, dass es noch teurer werden könnte. Aber irgendwann ist die Schmerzgrenze erreicht. Sehr viel sollte nicht mehr draufgelegt werden“, so Tüngler.



Bilfinger: Chaostage in Mannheim

Wenn auf Hauptversammlungen kritisch nachgefragt wird, dann normalerweise, weil bei den betroffenen Unternehmen eine Sache im Argen liegt. Seltener kommt es vor, das Firmen gleich zwei „Großbaustellen“ haben, die Aktionären Sorgen machen.

Dann kann es bei den Aktionärstreffen schon mal richtig turbulent zugehen. Doch das Bild, das der Mannheimer Bau- und Dienstleistungskonzern Bilfinger aktuell abgibt, ist selbst für gestandene HV-Sprecher wie den DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler absolut unbegreiflich. „Was hier passiert, das sind Chaostage in Mannheim, oder eher noch Chaosjahre!“, polterte der sonst besonnene Chef-Anlegerschützer.



In der Tat kann man angesichts der Lage länger den Kopf schütteln. Einerseits steht das ehemalige Vorzeige-Unternehmen finanziell so schlecht da wie noch nie. Im Geschäftsjahr 2015 verbuchte Bilfinger fast eine halbe Milliarde Euro Minus. Der Aktienkurs fällt und fällt. Ein Verantwortlicher für die Misere wurde nicht benannt. Allerdings waren die Aktionäre insbesondere auf Ex-Vorstandschef Roland Koch schlecht zu sprechen, der Bilfinger von 2011 bis 2014 geführt hatte und dem viele Fehlentscheidungen zugerechnet werden.

Den amtierenden CEO Per Utnegaard konnte man dazu auf der HV nicht mehr befragen. Er hat bereits nach wenigen Monaten an der Bilfinger-Spitze das Handtuch geworfen. Aufsichtsratschef Eckard Cordes verlas in der Aktionärsversammlung eine Erklärung, dass es bei den Reisekosten des scheidenden CEO Auffälligkeiten gegeben habe, nur um gleich anschließend klarzustellen, dass Utnegaard alle offenen Beträge nach der Prüfung sofort beglichen habe. Einzelheiten zum Rückzug wollte Cordes auch auf Nachfragen nicht nennen.

Das brachte Aktionäre erst recht in Rage: „Es kann doch nicht sein, dass ein Vorstandsvorsitzender Millionen bekommt und dann gehen muss, weil er 2,50 Euro falsch ausgewiesen hat“, so Tüngler. Dennoch: Chefkontrolleur Cordes blieb die Antwort schuldig.

Doch damit waren die Chaostage noch lange nicht beendet. Just vor Beginn der HV war bekanntgeworden, dass mit Ex-BASF-Vorstand John Feldmann und Ex-EADS-Finanzvorstand Hans Peter Ring zwei Aufsichtsräte nicht mehr zur Wahl stehen würden. Und auch der als Nachfolger Utnegaards gehandelte Hoffnungsträger Thomas Blades, zurzeit noch Manager beim Gasekonzern Linde, hatte die HV-Teilnahme im letzten Moment noch abgesagt – aufgrund terminlicher Verpflichtungen beim aktuellen Arbeitgeber, wie Cordes mitteilte.

Im Ergebnis setzte diese Hauptversammlung wohl einen unrühmlichen Maßstab für einen unbefriedigenden Verlauf: Sie ließ Aktionäre am Ende noch ratloser zurück, als sie zuvor ohnehin schon waren, es gab keinerlei Erklärung zu entscheidenden Fragen und die Hoffnung auf den erhofften Neustart blieb ebenso aus wie die auf eine Strategie, wie man aus der Krise kommen will.

DSW-Hauptgeschäftsführer Tüngler appellierte an die Entscheidungsgremien bei Bilfinger, das schleunigst zu ändern: „Das Schlimmste ist die Ungewissheit, und die müssen Sie abstellen. Geben Sie uns einen Fahrplan, der fehlt uns nämlich komplett.“ Und an den Aufsichtsrat gewandt forderte Tüngler: „Wann werden wir wieder eine normale AG?“

Deutsche Börse: Drei hohe Hürden für den Superbörsen-Plan

Carsten Kengeter, Chef der im Dax notierten Deutsche Börse AG, gab sich auf der Hauptversammlung des Unternehmens gegenüber Aktionären optimistisch, dass die Pläne für eine Fusion mit der London Stock Exchange (LSE) erfolgreich sein werden.



Knapp 25 Milliarden Euro beträgt das Volumen des Zusammenschlusses. Am Ende soll die Deutsche Börse 54 Prozent der neuen Gesellschaft kontrollieren. Dass der Regulator noch einen Strich durch die Rechnung macht, glaubt Kengeter nicht: „Wir gehen nicht davon aus, dass die Fusion am Widerstand der Behörden scheitert“, sagte er seinen Anteilseignern. Er glaube, dass der Zusammenschluss alle fusionskontrollrechtlichen Genehmigungen erhalten werde.

Doch das ist nicht die letzte Hürde, die der Zusammenschluss nehmen muss. Zwei weitere stehen noch im Weg: Zunächst eine enorme politische: In Großbritannien wird am 23. Juni über den Verbleib in der EU abgestimmt. Sollten die Briten für den sogenannten „Brexit“ stimmen, also den Austritt, dürfte die Fusion der beiden Marktplätze zumindest fraglich werden.

Und dann sind da noch die eigenen Aktionäre: Die werden jeweils nach dem politischen Votum über die Zustimmung zur 25-Milliarden-Fusion entscheiden. Bei der LSE wird es hierzu im Juli eine eigene Hauptversammlung geben. Die Aktionäre der Deutschen Börse werden dagegen im Juni ein Umtauschangebot erhalten und sollen dann bis Ende Juli ihre Anteile tauschen. In beiden Fällen liegt die Hürde hoch: Mindestens 75 Prozent müssen zustimmen.

Eine solche Mehrheit ist nicht selbstverständlich. Und schon auf der Hauptversammlung machten sich kritische Stimmen breit: Aktionäre fürchten einerseits den Verlust an Einfluss am Börsenstandort Frankfurt. Auf der anderen Seite sind es ungeplante hohe Kosten. DSW-Aktionärsvertreter Andreas Lang erklärte auf dem Aktionärstreffen, Carsten Kengeter versenke viel Geld, falls der Wert der LSE nach einem Brexit sinke.

HAC-Marktkommentar: Risikomanagement ist ein andauernder Prozess

Liebe DSW-Mitglieder,

der Grundgedanke eines diversifizierten Depots ist die Optimierung des Rendite-Risiko-Profiles. Ziel ist es, die einzelnen Titel so zu kombinieren, dass Anleger ihre erwartete Rendite mit einer möglichst geringen Portfoliovolatilität erreichen. Für die Schwankungsanfälligkeit des Portfolios sind neben der Eigenvolatilität der jeweiligen Titel vor allem die Korrelationen der einzelnen Vermögenswerte zueinander entscheidend.

Das Hauptproblem ist, dass sich Diversifikationseigenschaften der einzelnen Vermögensklassen im Zeitablauf verändern. Die Interaktion verschiedener Vermögensklassen ist nicht statisch und folgt keinem Gesetz. Deshalb muss das Portfolio von Zeit zu Zeit überprüft werden.

Ein Beispiel: In einem Portfolio, welches zu 30 Prozent aus Aktien, 40 Prozent Bundesanleihen, 20 Prozent AA-Unternehmensanleihen und 10 Prozent High Yield Anleihen besteht, hätte das Risiko im Katastrophenjahr 2008 durch Einbeziehung einer Goldquote anstelle der 10 Prozent High Yield Anleihen reduziert werden können. Im Jahr 2015 hätte der Tausch dieser Anlageklassen die Volatilität sogar erhöht. Das Risikoprofil sowohl der High Yield Anleihen als auch des Goldes hat sich durch die unterschiedlichen Marktbedingungen verändert.

Gefährlich wird es für ein Portfolio immer dann, wenn die enthaltenen Vermögenswerte zu einem Korrelationsanstieg in schwierigen Marktphasen neigen. Dann funktioniert der Diversifizierungseffekt nicht mehr.

Eine Änderung des Risikoprofils lässt sich auch an portugiesischen Staatsanleihen zeigen. Während der Finanzmarktkrise 2008 konnten diese durchaus als Substitut für deutsche Staatsanleihen herhalten. Das Risikoprofil änderte sich seither jedoch so dramatisch, dass es heute eher dem Aktienmarkt als demjenigen deutscher Bundesanleihen entspricht. Zur aktiven Risikosteuerung ist es also wichtig, Marktveränderungen zu erkennen und gegebenenfalls zu reagieren.

Ihr
 Wolfram Neubrandner
 Hanseatischer Anleger-Club (HAC)

Weitere Informationen zum Hanseatischen Anleger-Club finden Sie unter www.hac.de.

Volkswagen-Musterverfahren kommt

Der juristische Streit zwischen geschädigten Anlegern und der Volkswagen AG rund um die Frage, ob der Konzern im Fall der Manipulation der Abgassoftware von Dieselfahrzeugen die Ad-hoc-Meldepflicht verletzt hat, wird immer konkreter.

Das Braunschweiger Landgericht hat nun angekündigt, in Kürze die ersten Schritte einzuleiten, um ein Verfahren nach dem sogenannten Kapitalanlegermusterverfahrensgesetz (KapMuG) in Gang zu setzen. „Ein Musterverfahren hat den großen Vorteil, dass anhand eines Musterklägers für alle am Verfahren beteiligten Kläger grundlegende Rechtsfragen geklärt werden können. Damit müssen nicht alle Einzelklagen, wie es vor dem KapMuG der Fall war, zeit- und kostenintensiv einzeln verhandelt werden“, erklärt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW.

Zudem haben Anleger die Möglichkeit, sich einem solchen Verfahren per Antrag auch nachträglich noch anzuschließen. „Damit kann man zwar keinen Einfluss auf das Verfahren nehmen. Es ist aber eine kostengünstige Möglichkeit, von dem Ergebnis zu profitieren“, erklärt Nieding. Allerdings ist Vorsicht geboten: „Ein solcher Antrag ist nur innerhalb der Verjährungsfrist möglich“, warnt Nieding.

Und damit könnte es durchaus knapp werden. Schließlich wird das Verfahren nach Angaben des Gerichts wohl erst frühestens im August eröffnet. „Wir begrüßen dieses Vorgehen. Es bietet den Anlegern nunmehr die Möglichkeit, ihre Ansprüche verjährungshemmend noch vor dem von uns sicherheitshalber angenommenen Verjährungszeitpunkt zum 18.09.2016 anzumelden“, sagt Nieding. „Sollte sich das Landgericht jedoch mehr Zeit lassen als angekündigt, und mit der Verfahrenseinleitung nahe an den 18.09. herankommen, wird für die betroffenen Anleger eine Klage unausweichlich, wenn sie unnötige Diskussionen über die Verjährung vermeiden wollen“, ergänzt Nieding. Betroffene VW-Aktionäre sollten daher jetzt umgehend handeln. Denn es ist zu erwarten, dass der Ansturm der Kläger zu einem erheblichen Bearbeitungsstau führen wird.

Interessierte Anleger können sich auf der eigens eingerichteten Homepage www.wolfsburggate.de über die nächsten Schritte informieren und registrieren.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung.
Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

German Pellets: Termine für Gläubigerversammlungen stehen fest

Das Amtsgericht Schwerin hat jetzt die Termine für die Gläubigerversammlungen der Anleihegläubiger der insolventen German Pellets GmbH bekannt gegeben. Die Besitzer der 80-Millionen-Euro-Anleihe, deren Rückzahlung am 1. April 2016 fällig gewesen wäre, sind für den 5. Juli 2016, 10:30 Uhr, geladen.

Am 6. Juli folgen Anleger, die die bis Juli 2018 (72 Millionen Euro) laufende Schuldverschreibung im Depot haben. Am darauffolgenden Tag sind die Besitzer der bis November 2019 (100 Millionen Euro) laufenden Anleihe an der Reihe und am 8. Juli die Inhaber der erst im November 2015 gegebenen Genussscheine im Gesamtnennbetrag von 15 Millionen Euro.

Bei allen Versammlungen steht die Wahl eines sogenannten Gemeinsamen Vertreters auf der Tagesordnung: „Dieser Fachmann soll die Interessen aller Anleihegläubiger im Insolvenzverfahren und insbesondere gegenüber der Gesellschaft und dem Insolvenzverwalter wahren“, erläutert Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW, der sich zur Wahl stellen wird.

Es sei entscheidend, dass die Gläubiger ihre Interessen bündeln und einen Gemeinsamen Vertreter wählen, so Nieding weiter. „Nachdem die Insolvenzverwalterin die Masseunzulänglichkeit angezeigt hat, stehen die Quotenaussichten der Insolvenzgläubiger sichtlich schlecht. Der Gemeinsame Vertreter sollte sodann die Interessen der Anleihegläubiger und Genussrechtsinhaber auch im Gläubigerausschuss vertreten, um gemeinsam mit dem Insolvenzverwalter die Möglichkeiten der Geltendmachung von Ansprüchen seitens der Insolvenzmasse gegenüber Dritten zu prüfen, um die Insolvenzmasse zu mehren“, erläutert der Fachanwalt für Kapitalanlagerecht.

Im Fall German Pellets bietet Nieding sämtlichen betroffenen Anlegern eine Vertretung ihrer Interessen auf den anstehenden Gläubigerversammlungen an. Betroffene Anleihegläubiger können sich per E-Mail an recht@niedingbarth.de wenden.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung.
Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

Anlegerfrage an Malte Diesselhorst, Landesgeschäftsführer der DSW in Berlin

Frage: Ich höre immer häufiger von sogenannten Smart-Beta-ETFs? Was verbirgt sich dahinter? Und wie riskant sind sie für Anleger?

Antwort: Wie andere Exchange-Traded Funds, also börsenhandelte Fonds, basieren auch Smart-Beta-ETFs auf einem Index, der durch den Fonds nachgebildet wird. Mit der eher unscharfen Bezeichnung „Smart Beta“ wird allerdings suggeriert, dass neben der passiven Abbildung eines Index auch eine intelligente Anlagestrategie aktiv verfolgt wird. Die angebotenen Produkte sind entsprechend vielfältig und nicht immer leicht zu durchschauen.

Verfolgt werden vor allem Strategien zur Renditemaximierung – zum Beispiel eine dividendenorientierte Auswahl der enthaltenen Werte, aber auch Strategien zur Risikoreduzierung, etwa durch Berücksichtigung der Kursschwankungen.

Entsprechend setzt sich dann der speziell geschaffene Index zusammen, auf dessen Grundlage der ETF seine Mittel anlegt. Die Auswahlkriterien, die die Zusammensetzung des Index bestimmen, können allerdings dazu führen, dass bestimmte

Werte übergewichtet werden. So können neue Risiken durch eine Konzentration der Anlage auf eine bestimmte Branche oder eine Region entstehen. Da diese ETFs meist erst seit einigen Jahren bestehen, ist es für Anleger schwierig, die langfristige Entwicklung zu beurteilen.

Wer über eine Anlage in ein Smart-Beta-Produkt nachdenkt, sollte deshalb versuchen, die dahinter stehende Strategie und die Zusammensetzung des Index zu verstehen und sich die Historie des ETF im Vergleich zu großen Standard-Indizes anschauen.

Angesichts der Vielfalt der angebotenen Produkte lohnt sich vor einer Anlageentscheidung auch ein Vergleich der Kosten des ETF. Denn wegen des mit der speziellen Strategie verbundenen Aufwands sind die Smart Beta ETFs meist teurer als ETFs auf einen Standard-Index.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Dr. Malte Diesselhorst zur Verfügung. Dr. Diesselhorst ist Landesgeschäftsführer der DSW in Berlin.

Sie erreichen Herrn Dr. Diesselhorst unter:
 Tel.: (030) 88713-0
www.das-recht.com



Elke Schubert: Rede auf der Hauptversammlung der adidas AG

Der heutige Tag ist nicht nur ein Rückblick auf das vergangene Jahr 2015, sondern auch auf 15 Jahre Herbert Hainer. Eine positive Bilanz: Der Umsatz von adidas war im Jahr 2001 bei 6,11 Milliarden Euro, heute ist er bei knapp 17 Milliarden Euro. Das Unternehmen beschäftigt weltweit 56.000 Mitarbeiter und es ist international geworden.

Der Schatten liegt immer noch auf dem größten Sportartikelmarkt der Welt, dem nordamerikanischen. Da kommt adidas immer noch wenig vor. Jetzt ist „Under Armour“ vorbeigezogen. Und auch Nike stehen zu lassen, das ist nicht gelungen, obwohl es auf jeder HV der vergangenen Jahre erklärtes Ziel war. Diese Pille wird nun Kaspar Rorsted übernehmen.

Die gesamte Rede von Frau Schubert finden Sie [hier](#).

Klaus Nieding: Rede auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG

Herr Dr. Achleitner, Herr Fitschen, ich besuche die Hauptversammlung Ihres Hauses nunmehr seit 20 Jahren. Eines muss man Ihnen und Ihren unmittelbaren Vorgängern lassen: Langweilig werden unsere Hauptversammlungen nicht gerade, der Unterhaltungswert ist in den letzten Jahren kontinuierlich hoch und man muss bei der Vorbereitung auch nicht krampfhaft nach Diskussionsthemen suchen, sie werden immer zahlreich frei Haus geliefert. Und für eine Eintrittskarte zu unter 15 Euro bekommt man hier auch richtig was geboten.

Meine Damen und Herren, wo hat es das schon mal in der deutschen Wirtschaft gegeben? Da holt unser Aufsichtsratsvorsitzender seinen alten Kumpel in unseren Aufsichtsrat, damit dieser die Skandale der Vergangenheit aufklärt und als Vorsitzender des Integritätsausschusses dafür sorgt, dass solche Verfehlungen zukünftig nicht mehr vorkommen.

Dieser versucht, die in ihn gesetzten Erwartungen so gut zu erfüllen, bis am Ende so ruhige und besonnene Manager wie Herr Kagermann oder unser Betriebsratsvorsitzender Alfred Herling öffentlich den Übereifer des Herrn Thoma beklagen und dass er die Bank schließlich sogar operativ lähme. Damit erinnert die ganze Sache an Goethes Zauberlehrling, der des Geistes nicht mehr Herr wird, den er rief.

Die gesamte Rede von Herrn Nieding finden Sie [hier](#).

Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der Biotest AG

Wirft man einen Blick auf die Kennzahlen im Geschäftsbericht, wird man von dem negativen EBIT von minus 71,8 Millionen Euro beinahe erschlagen. Ebenso verhält es sich bei einem Blick auf das Ergebnis je Stammaktie, das im Vergleich zum Vorjahr mit 0,48 Euro nun auf minus 2,10 Euro herabgesunken ist.

Hintergrund hierfür sind laut dem Vorwort des Vorstands die Wertberichtigung von Vorräten wegen rückläufigen Umsatzerlösen des Präparats Bivigam und die schlechteren Marktaussichten für das Forschungsprodukt Civacir. Könnten hierzu die genaueren Umstände dieser Vorfälle näher beleuchtet werden?

Hat hier eventuell das Risikomanagementsystem versagt, und die Entwicklungen nicht rechtzeitig kommen sehen, um Gegenmaßnahmen ergreifen zu können?

Die gesamte Rede von Herrn Badelt finden Sie [hier](#).

Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der Drillisch AG

Meine Damen und Herren, zuallererst ist auf den Weggang von Herrn Paschalis Choulidis als Mitglied des Vorstands einzugehen. Herr Choulidis war maßgeblich am Erfolg der Drillisch AG beteiligt und es gebührt ihm ein besonderer Dank für sein Engagement. Nach all der Zeit und dem Elan, den er an den Tag legte und stets im Dienste der Drillisch AG handelte, sei es ihm gegönnt, nun etwas kürzer zu treten und sich aus dem Vorstand zurückzuziehen.

Wir hoffen, dass Herr Choulidis nach seinem Ausscheiden als Vorstand dem Aufsichtsrat wie angekündigt zur Verfügung steht. Von der DSW aber wie gesagt nochmals vielen Dank an Herrn Choulidis.

Aber nun ans Eingemachte: Die Drillisch AG steht auf den ersten Blick sehr gut da. Bei all der Euphorie über die erneut erhöhte Dividende und die bislang erreichten Ziele sollte jedoch nicht aus den Augen verloren werden, dass das abgeschlossene Geschäftsjahr noch immer deshalb so positiv verlaufen konnte, da die Drillisch AG sozusagen am „Tropf“ der Telefónica hängt. Die Drillisch AG konnte vor allem von der Fusion von o2 und E-Plus profitieren.

Die gesamte Rede von Herrn Badelt finden Sie [hier](#).

Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der Software AG

Zu Beginn meines Redebeitrags möchte ich gleich auf die Dividendenpolitik zu sprechen kommen: Sehr erfreulich ist es natürlich zu hören, dass dieses Jahr eine um 10 Prozent höhere Dividende ausbezahlt werden soll.

Die DSW fordert grundsätzlich eine gewinnorientierte Ausschüttung, berücksichtigt dabei aber auch die unternehmensbezogenen Besonderheiten. Kritisch beäugt die DSW dabei aber die Dividendenpolitik eines Unternehmens, wenn unangemessen weniger als 50 Prozent des Konzernergebnisses an die Aktionäre ausgeschüttet werden sollen. Vorliegend sollen insgesamt 27 Prozent des Konzernergebnisses als Dividende ausgezahlt werden. Dies ist unangemessen weniger als 50 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr werden sogar noch ein paar Prozentpunkte weniger an Dividende ausgeschüttet, da 2014 noch 32 Prozent des Konzernergebnisses ausgeschüttet wurden.

Die gesamte Rede von Herrn Badelt finden Sie [hier](#).

Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der ProDV AG

Erneut muss die ProDV AG Ergebnisse vermelden, die die Aktionäre nicht zufriedenstellen können. Die Aktie der ProDV AG ist noch immer weniger als ein Pennystock. Sie ist ein Ramschpapier, da das Ergebnis je Aktie nun von 0,025 Euro auf 0,018 Euro gesunken ist.

Auch halbierte sich das EBIT beinahe von vormals 113.000 Euro auf nunmehr 76.000 Euro. Welche Strategie wird hier vom Vorstand und vom Aufsichtsrat verfolgt, um in Zukunft in höhere Sphären zu kommen?

Hat die ProDV AG überhaupt eine solche Strategie? Oder legt es die ProDV AG erst gar nicht darauf an, jemals hohe Ergebnisse zu erzielen?

Auch hieß es in den Corporate News vom 25. Februar betreffend die vorläufigen Geschäftszahlen 2015 noch, dass das Ziel eines verbesserten positiven Ergebnisses wegen Kürzung und Verschiebung bereits beauftragter Projekte im Katastrophenschutz, geringer Zuwendungen im Bereich der Verbundforschungsprojekte und in Folge von Fluktuation und Krankheit nicht erreicht wurde.

Die gesamte Rede von Herrn Badelt finden Sie [hier](#).

Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der KSB AG

Positiv fällt auf, dass das EBIT und das EBT sich im Vergleich zum Vorjahr ein wenig erholen konnte und nun auf 105 Millionen bzw. 93 Millionen Euro gestiegen ist. Von den Werten der Vorjahre sind wir jedoch meilenweit entfernt. Dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, dass an den nunmehr positiven Umsatz- und Ergebniszahlen primär veränderte Währungsrelationen ihren Anteil hatten.

Die Frage ist dann aber, was genau der Vorstand dazu beigetragen hat, dass die Umsatz- und Ergebniszahlen nun wieder auf dem aufsteigenden Ast sind?

Allem Anschein nach scheint die KSB AG stark von Währungsrelationen abhängig zu sein, wenn man die letztjährigen Geschäftsberichte genauer betrachtet.

Die gesamte Rede von Herrn Badelt finden Sie [hier](#).

Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der Mediclin AG

Meine Damen und Herren, zuallererst ist auf den Weggang von Herrn Volker Feldkamp als Vorstandsvorsitzender einzugehen. Herr Feldkamp war maßgeblich am Erfolg der Mediclin AG beteiligt und es gebührt ihm ein besonderer Dank für sein Engagement.

Fraglich sind jedoch die Hintergründe für den Weggang von Herrn Feldkamp. Natürlich heißt es in der publizierten Ad-hoc-Mitteilung, dass man sich „im gegenseitigen Einvernehmen“ getrennt habe. Diese Floskel ist wohl allen Anwesenden als Umschreibung einer arbeitsrechtlichen Auseinandersetzung bekannt. Daher interessiert mich zuallererst, weshalb Herr Feldkamp die Mediclin AG verlassen hat oder verlassen musste? Sind hier auch Zahlungen für eine Abfindung geflossen? Wenn ja, wie hoch waren diese Zahlungen? Bitte stellen Sie dies näher dar.

Aber nun ans Eingemachte: Mit einem von 0,18 Euro auf 0,35 Euro gestiegenen Ergebnis je Aktie und einem ebenfalls deutlich gestiegenen EBIT und EBITDA steht die Mediclin AG gut da. Jedoch wird abermals keine Dividende an die Aktionäre ausgezahlt. Natürlich sind bei einem Ergebnis je Aktie von 0,35 Euro keine hohen Dividenden zu erwarten, jedoch stellt sich die Frage, welche Dividendenpolitik die Mediclin AG verfolgt?

Die gesamte Rede von Herrn Badelt finden Sie [hier](#).



Gesunder Westen, kranker Osten

Im Euroraum hält die Konjunkturerholung an. Deutschland, Frankreich aber auch Spanien überraschen mit starken Wachstumsraten. Auch in den USA läuft der Wirtschaftsmotor wieder hochtouriger.

Obwohl aus dem Norden und dem Süden Ungemacht droht, bleibt die Eurozone auf ihrem Expansionskurs. Weder der mögliche Brexit noch die anhaltenden wirtschaftlichen Probleme Griechenlands können die Konjunkturstimmung eintrüben. Laut dem Economic Sentiment der Europäischen Kommission stieg im Mai das Wirtschaftsvertrauen im Euroraum um 0,7 auf 104,7 Punkte gestiegen. Das schlug sich auch im Bruttoinlandsprodukt (BIP) nieder. Im ersten Quartal legte das BIP laut der zweiten Schätzung der Statistikbehörde Eurostat in der Eurozone um 0,5 Prozent zu. Allen voran Spanien glänzte Spanien mit einem überraschend starken Wachstum von 0,8 Prozent im ersten Quartal. Auch die französische Konjunkturerholung ließ mit einem Plus von 0,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal aufhorchen. Enttäuschend hingegen ist die Konjunkturerholung in Griechenland. Im ersten Quartal ist das BIP um 0,4 Prozent gesunken. Die deutsche Wirtschaft hingegen wuchs um 0,7 Prozent.

Deutsche Konsumausgaben steigen weiter

Die deutsche Konjunkturerholung stützt sich vor allem auf die starke Binnenwirtschaft. Der ifo-Geschäftsklimaindex stieg im Mai um einen Punkt auf 107,7 Zähler. Die befragten Unternehmer, deren Einschätzungen als Grundlage für den ifo-Index dienen, blicken zudem zuversichtlich in die Zukunft. Der Erwartungsindex stieg zum dritten Mal in Folge auf 101,6 Punkte. Grundlage für dieses gute Ergebnis sind die weiterhin zunehmenden Konsumausgaben. Wegen der niedrigen Zinsen und der positiven Erwerbslage sitzt bei vie-

len Deutschen das Geld locker. Im Mai sank die Arbeitslosenzahl um 80.000 auf 2,6 Millionen und damit auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung – und sie könnte noch weiter sinken. Laut dem ifo-Beschäftigungsbarometer bleibt die Arbeitgebernachfrage hoch. Derzeit gibt es in Deutschland 655.000 offene Stellen. Allerdings hängt die deutsche Arbeitsmarktentwicklung auch davon ab, wie gut sich die Flüchtlinge in den Beschäftigungsmarkt integrieren lassen. Außerdem bleibt fraglich, welche Folgen ein möglicher Austritt Großbritanniens aus der EU für den deutschen Arbeitsmarkt haben könnte. Am 23. Juni werden die Briten in einem Referendum über den EU-Verbleib abstimmen.

US-Konjunktur für nächsten Zinsschritt bereit?

In den USA sorgt weiterhin die Geldpolitik der Federal Reserve dafür, dass jede Konjunkturmeldung unter dem Vergrößerungsglas untersucht wird. Dabei lassen immer mehr Daten darauf schließen, dass die US-Notenbank bald den nächsten Zinsschritt unternehmen könnte. So haben die privaten Konsumausgaben im April überraschend stark um 1 Prozent zugenommen. Grundlage für die höheren Konsumausgaben ist der robuste Arbeitsmarkt. Laut dem ADP-Bericht ist die Beschäftigung im Privatsektor um 173.000 gestiegen. Die Auftragseingänge langlebiger US-Wirtschaftsgüter wiederum stiegen im April um rund 3,4 Prozent an.

In Fernost wuchs die japanische Wirtschaft im ersten Quartal um 0,4 Prozent. Die privaten Ausgaben stiegen um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Allerdings haben die Daten einen Beigeschmack. Arbeitstagberentigt ist das BIP nämlich gesunken. Außerdem sind die Einkaufsmanagerindizes der Industrie und der Dienstleister im April unter die 50-Punkte-Marke gerutscht. Es ist daher davon auszugehen, dass das Wachstum im zweiten Quartal geringer ausfallen könnte.



Fed und Brexit halten Börsen in Schach

Die Börsen konnten die guten Rahmenbedingungen im Mai nicht nutzen. Die Stimmung an den Aktienmärkten bleibt erstaunlich zurückhaltend, und das obwohl aus der Wirtschaft positive Signale kamen.

Sowohl in der Eurozone – insbesondere in Deutschland – als auch in Japan wuchs die Konjunktur im ersten Quartal überraschend stark. Die USA wiederum konnten eine robuste Arbeitsmarktentwicklung vorweisen. Selbst die steigenden Ölpreise halfen nicht. Der DAX enttäuschte im Mai mit einem mageren Plus von 2,2 Prozent. Im selben Zeitraum verteuerte sich ein Brent Rohöl der Sorte Brent um über 9 Prozent. Sogar der im Mai schwächer gewordene Euro konnte die Kauflaune an der Börse nicht heben. Auf Monatssicht hat der Euro im Vergleich zum Dollar 2,9 Prozent nachgegeben. Eigentlich profitieren europäische Werte von einem niedrigen Euro, da dadurch ihre Waren auf den Weltmärkten günstiger werden. Für viel Gesprächsstoff sorgten auch Bayers Pläne Monsanto zu übernehmen. Der Leverkusener DAX-Konzern ist bereit für den Glyphosat-Hersteller einen äußerst hohen Preis zu zahlen. Das erste Angebot von 62 Milliarden Euro lehnte Monsanto ab. Viele Anleger verschreckte Bayers Großzügigkeit. Das DAX-Schwergewicht sackte im Mai um über 13 Prozent ab und belastet damit den Leitindex. Monsanto-Papiere hingegen schossen knapp 22 Prozent ins Plus.

Zinsungewissheit in den USA

Gebremst wurden die Aktienmärkte aber vor allem durch Folgendes: Erstens der Ungewissheit, wann die Federal Reserve den Leitzins wieder erhöht und zweitens dem näher rückenden Brexit-Referendum. Die kommende Zinssitzung der US-Notenbank hielt vor allem die Wall Street an der kurzen Leine. Gegenüber dem

Vormonat notierte der Dow Jones Ende Mai lediglich 0,1 Prozent höher. An der Börse wird heftig darüber spekuliert, wann die Fed den nächsten Zinsschritt unternimmt. Viele Anleger hielten sich daher zurück, um nicht auf dem falschen Fuß erwischt zu werden. Für eine Zinserhöhung im Juni sprechen vor allem die immer besseren Konjunkturdaten. Allerdings hatte die US-Notenbank unter ähnlichen Bedingungen im Dezember 2015 den ersten Zinsschritt unternommen und dafür Kritik einstecken müssen. Außerdem spielt das Brexit-Referendum eine Rolle, das erst nach der Zinsentscheidung in den USA am 23. Juni ansteht. Für Fed-Präsidentin Janet Yellen dürfte der Ausgang des Referendums neben den Konjunkturdaten auch eine Rolle für ihre Zinsentscheidung spielen.

Der mögliche Brexit schwebte derweil wie eine dunkle Wolke über dem Börsengeschehen. Nicht nur der Dow Jones und der DAX litten darunter. Auch den EuroStoxx50 bremste die Brexit-Debatte. Der europäische Auswahlindex legte trotz erfreulicher Konjunkturdaten aus dem Euroraum im Mai lediglich 1,2 Prozent zu. Sollte Großbritannien aus der EU ausscheiden, muss das Land mit milliardenschweren Kosten rechnen, wobei nicht abzusehen ist, welche Kollateralschäden der Austritt bei anderen Ländern verursachen könnte. Leidtragender wäre sicherlich die London Stock Exchange, die von der Deutschen Börse übernommen werden soll. Bei einem Brexit dürfte der Deal auf Eis liegen. Dementsprechend verhalten notierten die Papiere des Börsenbetreibers LSE im Mai. Sie stiegen lediglich um gut 3 Prozent.

Japan überrascht mit starkem Wachstum

Japans Börse konnte im Gegensatz zum DAX die guten Konjunkturdaten aus dem ersten Quartal nutzen. Der Nikkei legte im Mai 3,4 Prozent. Gestützt wurde der japanische Leitindex außerdem durch die Abwertung des Yen. Auf Monatssicht hat er gegenüber dem Dollar 2,8 Prozent nachgegeben.

Veranstaltungen

Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen** Aktien- und Anlegerforen präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten eröffnet sind - so z.B. der unmittelbaren Diskussion mit dem Management. Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um ca. 21:00 Uhr.

Anmeldungen für alle Aktienforen bitte an:
seminare@dsw-info.de

➤ Veranstaltungsübersicht



Derzeit sind Veranstaltungen in folgenden Städten geplant:

Datum	Ort
13. Juni	Wiesbaden
27. Juni	Lüneburg
01. Juli	Nürnberg

Terminverschiebungen sind grundsätzlich möglich. Bitte besuchen Sie daher unsere Veranstaltungsseite auf www.dsw-info.de oder wenden sich an seminare@dsw-info.de. Dort finden Sie weitere Termine und können sich auch für obige Aktienforen anmelden. Die Teilnahme an den Aktienforen ist kostenlos.

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-30
 E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfisher (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

REDAKTION:

Christiane Hölz (DSW e. V.)
 Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

WERBUNG:

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Thomas Hechtfisher, Marc Tüngler

ANSPRECHPARTNER:

Christiane Hölz, 0211-6697-15; christiane.hoelz@dsw-info.de
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

TECHNISCHE UMSETZUNG:

Zellwerk GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS:

Seite 1 und 2: Matthias Sandmann; Seite 4: © kwanchaift - Fotolia.com;
 Seite 5: © Rawpixel.com - Fotolia.com; Seite 6: © bas121 - Fotolia.com;
 Seite 8: © peshkov - Fotolia.com; Seite 1-10 & 13: © H-J Paulsen - Fotolia.com;
 Seite 11 © EvrinKalinbacak - Fotolia.com; Seite 12: © Petrus Bodenstaff - Fotolia.com; Seite 13 © gena96 - Fotolia.com

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.

DSW
 Die Anlegerschützer

Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.



JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

 Den Jahresbeitrag in Höhe von €125,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank

Kontonummer

BLZ

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.

Per Post senden an:

 DSW –
 Deutsche Schutzvereinigung
 für Wertpapierbesitz e. V.
 Postfach 350163
 40443 Düsseldorf
 Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22
 Telefax: 02 11/66 97 60
 Internet: www.dsw-info.de
 E-Mail: dsw@dsw-info.de